SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Nr. 226 HERBST 2023 € 0,50

Pro-NATO-Arbeiterführer bauen AfD auf:

Schmeißt sie raus!



Johannes Hoer

ver.di-Kongress, September 2023

Vom 17. bis 23. September fand in Berlin der ver.di-Bundeskongress mit etwa 1000 Delegierten statt. Politisch dominiert wurde der Kongress von der Frage des Ukrainekriegs und der Haltung der Gewerkschaft dazu. Beim Kongress legte die ver.di-Führung unter Werneke einen Leitantrag vor, der die Gewerkschaftsmitglieder auf Regierungslinie, inkl. Waffenlieferungen, zwingen sollte. Dagegen hatte sich enormer Unmut in der Arbeiterbasis gebildet – zu offensichtlich ist es diese Regierungslinie, die die Krise im Land und damit die Angriffe auf die Arbeiter direkt befeuert.

Die Wut der Arbeiter spiegelte sich auch im Aufruf einiger Linken wider, die eine „Sagt-Nein"-Petition gegen den Leitantrag gestartet hatten. Sie organisierten im Kongress, dass einzelne Delegierte Zettel wie „Soziales statt Aufrüstung", „Verhandeln statt aufrüsten" bei der Rede von Kanzler Scholz hochhielten. Vor dem Kongress hielten sie einen kleinen Protest ab, an dem wir Spartakisten teilnahmen. Werneke erhielt am Ende über 90 Prozent der Stimmen, der regierungstreue Leitantrag der Führung etwas über 60 Prozent, es war also nicht einfach ein durchschlagender Erfolg für die Pro-NATO-Führer. Um aber einen entscheidenden Schritt vorwärtszukommen und z.B. einen Boykott von Waffenlieferungen durchzusetzen, ist ein Bruch mit und Kampf gegen die ver.di-Führung notwendig. Genau deshalb intervenierten wir Spartakisten mit dem nachfolgend abgedruckten Flugblatt und Antragsvorschlag, die Pro-NATO-ver.di-Führer rauszuschmeißen. Während viele Delegierte das Flugblatt gerne nahmen, lehnten die Petitionäre dies als „zu radikal" ab. Der notwendige Kampf gegen die Pro-NATO-Führer ist nicht ihre Sache.

* * *

Seit einem Jahr wächst die AfD ununterbrochen und steht in Umfragen weit vor der SPD. Wie kommt das? Die bedingungslose Unterstützung der Ampel-Regierung für die NATO im Ukrainekrieg führte zu katastrophalen Angriffen auf die Arbeiterklasse wie Inflation, Heizungshammer und Lohnkürzungen. Die rechtspopulistische AfD steht gegen den NATO-Kurs der Regierung und will russisches Gas reinlassen und mit Russland Handel treiben. Weil sie als einzige Opposition zur verhassten Ampel und zum Status quo angesehen wird, erhält sie immer mehr Auftrieb.

Die AfD will einen von den USA unabhängigeren Kurs für den deutschen Imperialismus einschlagen ohne die



Spartakist

Hafenarbeiter protestieren in Hamburg am 19. September gegen weitere Privatisierungsmaßnahmen

liberale Fassade von Scholz und Baerbock und operiert dagegen mit offenem Chauvinismus. Während die AfD die Deindustrialisierung und die Angriffe auf die Renten kritisiert, steht sie genau wie die kapitalistische Ampel-Regierung für die Herrschaft der deutschen Banken und Bosse von VW, BASF und Siemens. Deshalb ist ihr Programm auch vollkommen reaktionär für die Arbeiterklasse.

Die jetzigen Führer der Arbeiterbewegung, von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften, drücken jeweils auf ihre eigene Art den NATO-Kurs der Regierung voll durch. Das ruiniert die Wirtschaft hier und schnürt den Arbeitern die Luft ab. Um auch nur einen Schritt vorwärtszugehen, braucht es dringend einen Kampf gegen die aktuellen Führer der Arbeiterbewegung. Aber genau das lehnen Sahra Wagenknecht und alle Linken in ihrem Schlepptau ab, die an der Einheit mit diesen Führern festhalten und so verhindern, dass es vorwärtsweisende Kämpfe gegen die Regierung gibt. Das hat die Misere der Arbeiterklasse nur verstärkt und das Anwachsen der AfD befeuert. Nötig ist, mit dieser politischen Einheit zu brechen. ***Schmeißt die Pro-NATO-Führer wie Scholz, Werneke und Wissler aus der Arbeiterbewegung!***

Olaf Scholz und Konsorten in der SPD-Führung sind die treibende Kraft in der Ampel-Regierung für Militarisierung und Kürzungen im Sozialbereich. Ihre Politik ist, die Kosten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, die steigenden Energiepreise sind nur ein Beispiel. Das wird begleitet von der Hetze, dass jeder, der nur die leiseste Kritik äußert, als Rechter oder sogar Nazi abgestempelt wird.

Frank Werneke und die DGB-Gewerkschaftsführung stützen die Regierung von A bis Z und hindern die Arbeiter daran, einen Kampf gegen diese zu führen. Sie sorgen für einen Tropfen auf den heißen Stein wie mit Einmalzahlungen, um die Lohnsenkungen durchzukriegen und die Arbeiterklasse ruhig zu stellen. Ihre Lüge, dass die bisherigen Tarifabschlüsse angesichts der Wirtschaftskrise ein Erfolg seien, geht Hand in Hand mit der falschen Behauptung, es wäre im Interesse der Arbeiter, genau wie die imperialistischen Räuber eine Seite mit der Ukraine im Krieg zu haben.

Werneke trat anfangs sogar für schärfere Sanktionen gegen Russland ein, was die Arbeiter noch weiter in die Hände der AfD treibt. Kurz vor dem ver.di-Kongress tritt er jetzt angesichts der sich verschlimmernden Krise für soziale Verbesserungen ein. Lasst Euch nicht täuschen! Wer für

Fortgesetzt auf Seite 9

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Philipp Clyde
Herausgebende Redakteurin: Renate Müller
Produktionsleiterin: Nadja Dostal
Vertriebsleiterin: Barbara Köhler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de | Tel.: (0 30) 4 43 94 00

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Abonnement 3 € an Verlag Avantgarde
Postbank Frankfurt/Main, BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb

Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Oktober 2023

Nr. 226 Herbst 2023

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Jill Vyse (Berlin), Journalistin, 33%; Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

USA: Streik der Autoarbeiter

• Keine Lohnstaffelung • Reindustrialisierung • Befreiung der Schwarzen!

Nachfolgend drucken wir das Extrablatt des Workers Vanguard *vom 15. September ab, Zeitung der SL/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

Die Bosse haben die Autoindustrie ausgeschlachtet und die Arbeiterschaft dem Untergang ausgeliefert. Seit Jahrzehnten ist die Bevölkerung in den ehemals großen Industriestandorten stark zurückgegangen und die Armutsquote in die Höhe geschnellt. Die verbliebenen Arbeiter leben in verfallenden Städten, arbeiten in längeren Schichten unter immer gefährlicheren Bedingungen, während die Reallöhne stagnieren und sinken. Arbeitsplatzverlust und Deindustrialisierung haben Metropolen des Mittleren Westens wie Detroit und Flint zerstört und das Leben für die mehrheitlich schwarze Bevölkerung zur Hölle gemacht.



Workers Vanguard

Arbeiter vom Ford-Werk in Louisville bei UAW-Streikkundgebung, Detroit, 15. September

WORKERS VANGUARD

Jetzt ist der UAW-Tarif [UAW: Autoarbeitergewerkschaft] ausgelaufen, und ein Streik ist im Gange, um für das zu kämpfen, was UAW-Präsident Shawn Fain als „kühne" Forderungen bezeichnet. Er sagt, er wolle ein Ende der Staffelung, die Wiedereinführung früherer Leistungen, eine enorme Lohnerhöhung und viele andere Dinge, die die Arbeiter dringend brauchen ... aber er macht bereits einen Rückzieher. Er hat die Lohnforderungen heruntergeschraubt und jetzt nur noch ein paar Betriebe dichtgemacht. Diese „Strategie" ist ein Einknicken, das den Streik schwächt und die Auswirkungen auf die Bosse minimiert. Die Frage ist: Welche Strategie ***ist notwendig, um zu gewinnen***, und ***warum*** macht Fain einen Rückzieher?

Das, wofür Fain zu kämpfen versprach, klingt gut, und wenn die UAW den Kampf gewinnt, wäre das ein Sieg für die Arbeiter überall. Aber um das zu erreichen, was Fain versprochen hat, ist ein harter Kampf erforderlich, der den Kern der amerikanischen Wirtschaft trifft, während die herrschende Klasse der USA verzweifelt versucht, ihre wirtschaftliche Vorherrschaft wiederherzustellen, und die Autokonzerne mit Mühe um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit kämpfen. Die Bosse werden nicht so leicht aufgeben. Vor diesem Hintergrund muss der Kampf um eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter als das organisiert werden, was er ist: ein grundlegendes Aufeinanderprallen von Klasseninteressen.

Biden und Trump streiten sich im Vorfeld der Wahlen über die E-Autos und versuchen, die Wähler in den industriellen Swing States zu täuschen. Keiner von beiden wird etwas tun, um die Situation für die Arbeiter zu verbessern. Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Bosse konkurrenzfähig bleiben, indem sie die Arbeiter unter Druck setzen und Arbeitsplätze in den „gewerkschaftsfreien" Süden verlagern. Fain glaubt, dass die Unternehmen und die Arbeiter gemeinsam Wohlstand erreichen können. Er teilt das Ziel der Bosse, die Wettbewerbsfähigkeit der USA zu verbessern, und stellt sich auf die Seite einer ihrer Parteien, der Demokraten, wenn es darum geht, wie dies zu erreichen ist. Diese Klassenzusammenarbeit ist der Hintergrund von Fains Kapitulation. Im Gegensatz zu seiner Sichtweise ist es der Erfolg der amerikanischen Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter, der zur heutigen Krise geführt hat.

Das Problem ist nicht nur, dass die Politiker unzuverlässig oder die Unternehmen gierig sind, wie Fain sagt, auch wenn sie es sind. Das Problem ist nicht nur, dass die Unternehmen die Preise drücken und den Arbeitern ihren „gerechten Anteil" verweigern, auch wenn sie das tun. Es geht nicht um moralisches Versagen oder falsche Politik. Die Bosse sind nicht nur gierig, bösartig und dumm. Sie tun, was sie tun, weil der Kapitalismus dies angesichts der instabiler werdenden internationalen Lage erfordert. Die akuten Schmerzen, die die Arbeiter heute empfinden, werden durch die sich verschärfenden Klassengegensätze des Kapitalismus im Niedergang verursacht. Fain verbreitet Illusionen über die Wiederbelebung des „amerikanischen Traums" und klammert sich an eine Strategie, die uns überhaupt erst hierher gebracht hat. Stattdessen brauchen wir eine Führung, die Kämpfe organisiert im Wissen, dass das Endziel die Herrschaft der Arbeiter und eine Planwirtschaft ist – und nicht die Erhaltung dieses irrationalen Systems.

Die einzige Möglichkeit für die Arbeiter, Fains Forderungen in Amerikas sinkender, nicht wettbewerbsfähiger

Wirtschaft durchzusetzen, ist eine umfassende Konfrontation mit den kapitalistischen Interessen. Fains Perspektive ist jedoch, innerhalb der vom Kapitalismus gesetzten Grenzen zu verhandeln. Anstatt den Kern der Macht der Bosse anzugreifen, versucht er lediglich, die Waage zwischen Arbeitern und Bossen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Um die Art von Schlag zu landen, die notwendig ist, um in diesem Streik Zugeständnisse zu erlangen, bedarf es der politischen Einigkeit der Arbeiterklasse gegenüber den Bossen. Doch die Bosse säen absichtlich Uneinigkeit und schüren das rassistisch aufgeladene Klima, das die US-Politik bestimmt. Um rassische und andere Spaltungen zu überwinden und eine echte Einheit innerhalb der Arbeiterklasse zu schmieden, muss die Arbeiterbewegung gegen die Rassentrennung und alle Erscheinungsformen der Rassenunterdrückung kämpfen.

Fain hat jedoch die Rassenfrage in der Streikmobilisierung vermieden, aus Angst, spaltend zu wirken. Doch die Arbeiterklasse ist bereits entlang rassischer und politischer Linien tief gespalten. Indem Fain die Unterdrückung der Schwarzen nicht anspricht, stellt er sich implizit auf die Seite des Status quo und schwächt damit sowohl die Arbeiterbewegung als auch den Streik. Entweder wird die Gewerkschaft die rassischen und politischen Spaltungen in der Arbeiterklasse durchbrechen oder die Bosse werden diese Spaltungen nutzen, um die Gewerkschaft zu zerbrechen.

Um zu gewinnen, muss die UAW den Streik so organisieren, dass er ein Fanal für die gesamte Arbeiterklasse wird: ***Schluss mit dem Zweiklassen-Lohnsystem! Reindustrialisierung des Landes! Kämpft für die Befreiung der Schwarzen!***

Rassische Spaltungen und der Streik

Für die Bosse geht es bei der Unterdrückung der Schwarzen nicht nur um Profit, sondern auch um Macht. Die herrschende Klasse ist auf rassische Spaltungen angewiesen, um ihre politische Stabilität zu erhalten. Das wird in dem Zirkus um Trump deutlich. Die verräterischen Führer der Arbeiterklasse unterstützen die Demokraten, was sich als schlechter Deal herausstellt. Der offene Fanatiker appelliert an weiße Arbeiter, die von den leeren Versprechungen der Liberalen, die sie bescheißen, die Nase voll haben. Dann gibt Biden vor, Schwarze und Minderheiten zu verteidigen, hat aber nichts weiter zu bieten als Plattitüden. Da die Arbeiter keine Alternative sehen, die ihren Klasseninteressen entspricht, sind sie am Ende gespalten und unterstützen entweder die eine oder die andere Partei der Bosse. Keine der beiden Parteien bringt die Interessen der Arbeiter oder der Schwarzen voran – sie vertreten die Bosse, die sowohl wirtschaftliche als auch rassistische Unterdrückung brauchen. Der Kreislauf des „kleineren Übels" vertieft nur die Spaltung der Unterdrückten.

Fain hat sich zwar geweigert, Biden offiziell zu unterstützen, aber er teilt sich derzeit die Bühne mit Bernie Sanders. Dieser „Progressive" hat in all den Jahren seiner Amtszeit nichts für die Arbeiter getan – außer sie zurück in die Demokratische Partei zu treiben. Wie Trump und Biden arbeitet auch Sanders für die Bosse. In dem Moment, in dem die Bosse das Gefühl haben, dass die Gewerkschaft zu weit gegangen ist und ihre Profite schmälert (was notwendig ist, um die Forderungen durchzusetzen), wird Sanders versuchen, den Kampf auf das zu beschränken, was für die Bosse akzeptabel ist, egal wie „arbeiterfreundlich" er auch reden mag. Im Gegensatz dazu müssen die Arbeiter in den Methoden des Klassenkampfes und dem Prinzip der Klassenunabhängigkeit geschult werden.

Wenn es zu einer größeren Konfrontation kommt, die die Autobosse Milliarden kostet und Bidens Wahlkampagne gefährdet, wird der Druck auf die Gewerkschaft, sich zu fügen, sehr groß sein, aus Angst, dass der Rassist Trump



Workers Vanguard

Detroit, 15. September: UAW-Präsident Shawn Fain begrüßt Bernie Sanders, US-Senator und Verbündeter von US-Präsident Joe Biden. Gewerkschaftsführer arbeiten mit Politikern der Bosse, um Kampf im Rahmen des Kapitalismus zu halten

wieder ins Amt kommt. Die Liberalen werden sagen, dass es für Schwarze und Minderheiten am wichtigsten ist, Trumps Amtsübernahme zu verhindern, und dass der Streik es nicht wert ist. Sie werden zugeben, dass Biden nicht der Beste ist, aber argumentieren, er sei „das kleinere Übel". Sie werden weiße Trump-Anhänger aus der Arbeiterklasse für die Rassenunterdrückung verantwortlich machen. Einige Arbeiter werden sich von den liberalen Argumenten überzeugen lassen, während andere abgestoßen werden, weil sie als Rassisten beschimpft werden. Eine Führung wie die von Fain wird angesichts dieses Drucks einknicken. Sein derzeitiger Rückzieher ist nur ein Vorgeschmack.

Die *einzige* Möglichkeit, die Situation der Arbeiter und Schwarzen zu verbessern, besteht darin, auf der Grundlage zu kämpfen, dass der Kampf für die Gleichberechtigung der Schwarzen untrennbar mit dem Kampf für die Emanzipation der Arbeiter verbunden ist. Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit erfordert: massive öffentliche Bauprojekte zum Bau integrierter Wohnungen und Infrastruktur, massive gewerkschaftliche Einstellungskampagnen, Organisierung der Unorganisierten, Ausbildungs- und Einstellungsprogramme, die die verfügbare Arbeit auf alle verteilen, und eine massive Reindustrialisierung unter der Kontrolle der Arbeiter. Die schwarze Gemeinschaft und die Arbeiter brauchen viele der gleichen Dinge, die alle den Interessen der Kapitalisten zuwiderlaufen. Dies wird eine viel stärkere Grundlage für die Einheit der Arbeiterklasse bilden als der wirtschaftliche Kampf allein.

Der Kampf für die Schwarzen ohne ein klassenunabhängiges Programm lässt die weißen Arbeiter Angst vor liberalen Kreuzzügen haben, die behaupten, auf ihre Kosten den Schwarzen zu „helfen". Wer für höhere Löhne kämpft, ohne für die Verbesserung der Lage der Schwarzen zu kämpfen, lässt die schwarzen Arbeiter am Boden der Gesellschaft bleiben und ignoriert die Notwendigkeit eines echten sozialen Wandels. Weiße Arbeiter müssen begreifen, dass sie, um ihre eigenen Interessen voranzubringen, das wichtigste „Teile-und-herrsche"-System der Bosse zerstören müssen: die Segregation der Schwarzen am unteren Ende. Schwarze Arbeiter müssen zu der Einsicht gewonnen werden, dass sie sich mit weißen Arbeitern zusammenschließen müssen, um soziale, wirtschaftliche und politische Gleichheit zu erreichen.

Rost, Rasse und Lohnstaffelung

Die materielle Grundlage der Unterdrückung der Schwarzen in den USA ist nach wie vor die Segregation. Die herrschende Klasse erniedrigt Schwarze in jedem Aspekt ihres

Fortgesetzt auf Seite 14

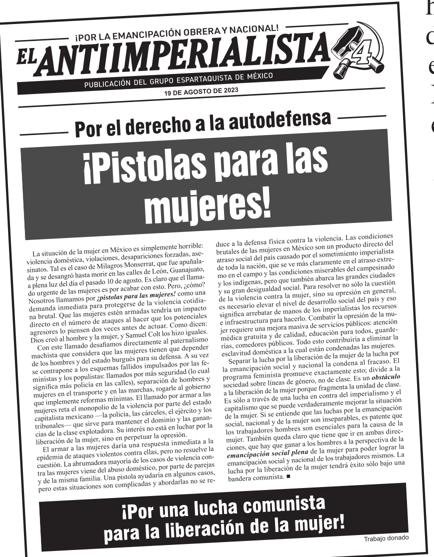
Für das Recht auf Selbstverteidigung

Nachfolgend drucken wir das Extrablatt vom 19. August von El Antiimperialista *ab, Zeitung der Grupo Espartaquista de México, Sektion der IKL.*

Mexiko: Waffen für die Frauen!

Die Lage der Frauen in Mexiko ist einfach grauenhaft: häusliche Gewalt, Vergewaltigung, gewaltsames Verschwindenlassen, Mord. So wie im Fall von Milagros Monserrat, die am 10. August am helllichten Tag in den Straßen von León, Guanajuato, erstochen wurde und verblutete. Es ist klar, dass der dringende Appell der Frauen lautet, dem ein Ende zu setzen. Aber wie? Als unmittelbare Forderung zum Schutz vor der brutalen täglichen Gewalt fordern wir: ***Waffen für die Frauen!*** Die Bewaffnung der Frauen würde sich unmittelbar auf die Zahl der Angriffe auswirken, da sie potenzielle Angreifer dazu veranlassen würde, es sich zweimal zu überlegen, bevor sie handeln. Wie man so schön sagt: Gott schuf Mann und Frau, und Samuel Colt machte sie gleich.

Mit diesem Aufruf greifen wir direkt den Macho-Paternalismus an, der Frauen so hinstellt, als bräuchten sie zu ihrer Verteidigung Männer und den bürgerlichen Staat. Gleichzeitig wendet sich unser Aufruf gegen die gescheiterten Projekte, die von Feministen und Populisten propagiert werden: Forderungen nach mehr Sicherheit (was mehr Polizei auf den Straßen bedeutet), die Trennung von Männern und Frauen in Verkehrsmitteln und bei Demonstrationen, die Bitte an die Regierung, minimale Reformen durchzuführen. Die Forderung nach Bewaffnung der Frauen stellt das Gewaltmonopol des mexikanischen kapitalistischen Staates in Frage – der Polizei, der Gefängnisse, der Armee und der Gerichte –, das dazu dient, die Herrschaft und die Profite der Ausbeuterklasse aufrechtzuerhalten. Der Staat hat kein Interesse an dem Kampf für die Frauenbefreiung, sondern an der Aufrechterhaltung der Unterdrückung.



¡POR LA EMANCIPACIÓN OBRERA Y NACIONAL!

EL ANTIIMPERIALISTA

PUBLICACIÓN DEL GRUPO ESPARTAQUISTA DE MÉXICO

19 DE AGOSTO DE 2023

Por el derecho a la autodefensa

¡Pistolas para las mujeres!

La situación de la mujer en México es simplemente horrible: violencia doméstica, violaciones, desapariciones forzadas, asesinatos. Tal es el caso de Milagros Monserrat, que fue apuñalada y se desangró hasta morir en las calles de León, Guanajuato, a plena luz del día el pasado 10 de agosto. Es claro que el llamado urgente de las mujeres es por acabar con esto. Pero, ¿cómo? Nosotros llamamos por ***¡pistolas para las mujeres!*** como una demanda inmediata para protegerse de la violencia cotidiana brutal. Que las mujeres estén armadas tendría un impacto directo en el número de ataques al hacer que los potenciales agresores lo piensen dos veces antes de actuar. Como dicen: Dios creó al hombre y la mujer, y Samuel Colt los hizo iguales.

Con este llamado desafiamos directamente al paternalismo machista que considera que las mujeres tienen que depender de los hombres y del estado burgués para su defensa. A su vez se contrapone a los esquemas fallidos impulsados por las feministas y los populistas: llamados por más seguridad (lo cual significa más policía en las calles), separación de hombres y mujeres en el transporte y en las marchas, rogarle al gobierno que implemente reformas mínimas. El llamado por armar a las mujeres reta el monopolio de la violencia por parte del estado capitalista mexicano —la policía, las cárceles, el ejército y los tribunales— que sirve para mantener el dominio y las ganancias de la clase explotadora. Su interés no está en luchar por la liberación de la mujer, sino en perpetuar la opresión.

El armar a las mujeres daría una respuesta inmediata a la epidemia de ataques violentos contra ellas, pero no resuelve la cuestión. La abrumadora mayoría de los casos de violencia contra las mujeres viene del abuso doméstico, por parte de parejas y de la misma familia. Una pistola ayudaría en algunos casos, pero estas situaciones son complicadas y abordarlas no se reduce a la defensa física contra la violencia. Las condiciones brutales de las mujeres en México son un producto directo del atraso social del país causado por el sometimiento imperialista de toda la nación, que se ve más claramente en el atraso extremo en el campo y las condiciones miserables del campesinado y los indígenas, pero que también abarca las grandes ciudades y su gran desigualdad social. Para resolver no sólo la cuestión de la violencia contra la mujer, sino su opresión en general, es necesario elevar el nivel de desarrollo social del país y eso significa arrebatar de manos de los imperialistas los recursos e infraestructura para hacerlo. Combatir la opresión de la mujer requiere una mejora masiva de servicios públicos: atención médica gratuita y de calidad, educación para todos, guarderías, comedores públicos. Todo esto contribuiría a eliminar la esclavitud doméstica a la cual están condenadas las mujeres.

Separar la lucha por la liberación de la mujer de la lucha por la emancipación social y nacional la condena al fracaso. El programa feminista promueve exactamente esto; divide a la sociedad sobre líneas de género, no de clase. Es un ***obstáculo*** a la liberación de la mujer porque fragmenta la unidad de clase. Es sólo a través de una lucha en contra del imperialismo y el capitalismo que se puede verdaderamente mejorar la situación de la mujer. Si se entiende que las luchas por la emancipación social, nacional y de la mujer son inseparables, es patente que los trabajadores hombres son esenciales para la causa de la mujer. También queda claro que tiene que ir en ambas direcciones, que hay que ganar a los hombres a la perspectiva de la ***emancipación social plena*** de la mujer para poder lograr la emancipación social y nacional de los trabajadores mismos. La lucha por la liberación de la mujer tendrá éxito sólo bajo una bandera comunista. ■

¡Por una lucha comunista para la liberación de la mujer!

Trabajo donado

Die Bewaffnung der Frauen wäre eine unmittelbare Antwort auf die Epidemie gewalttätiger Übergriffe gegen sie, löst aber das Problem nicht. Die überwältigende Mehrheit der Fälle von Gewalt gegen Frauen ist auf häusliche Gewalt zurückzuführen, die von Partnern und innerhalb der Familie verübt wird. Eine Waffe würde in einigen Fällen helfen, aber diese Situationen sind kompliziert und ihre Bewältigung ist nicht nur eine Frage der physischen Verteidigung gegen Gewalt. Die brutalen Bedingungen für Frauen in Mexiko sind ein direktes Produkt der gesellschaftlichen Rückständigkeit des Landes, verursacht durch die imperialistische Unterjochung der gesamten Nation. Dies zeigt sich am deutlichsten in der extremen Rückständigkeit auf dem Land und den elenden Lebensbedingungen der Bauernschaft und der indigenen Bevölkerung, aber auch in den großen Städten mit ihrer großen sozialen Ungleichheit. Um nicht nur die Frage der Gewalt gegen Frauen, sondern ihre Unterdrückung im Allgemeinen zu lösen, ist es notwendig, das gesellschaftliche Entwicklungsniveau des Landes zu heben. Das bedeutet, den Imperialisten die Ressourcen und die Infrastruktur zu entreißen, die dafür nötig sind. Der Kampf gegen die Frauenunterdrückung erfordert eine massive Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen: kostenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung, Bildung für alle, Kinderbetreuungseinrichtungen, öffentliche Kantinen. All das würde dazu beitragen, die häusliche Sklaverei, zu der Frauen verurteilt sind, zu beseitigen.

Ein Kampf für Frauenbefreiung, der vom Kampf für soziale und nationale Emanzipation losgelöst ist, ist zum Scheitern verurteilt. Das feministische Programm propagiert genau dies; es spaltet die Gesellschaft entlang der Geschlechtergrenzen, nicht der Klassengrenzen. Feminismus ist ein ***Hindernis*** für die Frauenbefreiung, weil es die Klasseneinheit zerbricht. Nur durch einen Kampf gegen den Imperialismus und den Kapitalismus kann die Lage der Frauen wirklich verbessert werden. Wenn man versteht, dass die Kämpfe für soziale, nationale und Frauenemanzipation untrennbar miteinander verbunden sind, dann ist klar, dass die männlichen Arbeiter für die Sache der Frauen unverzichtbar sind. Umgekehrt müssen natürlich auch die Männer für die Perspektive der ***vollen sozialen Emanzipation*** der Frauen gewonnen werden, um die soziale und nationale Emanzipation der Arbeiter selbst zu erreichen. Der Kampf für die Befreiung der Frau wird nur unter kommunistischer Flagge erfolgreich sein. ■

Für eine kommunistische Bewegung zur Frauenbefreiung!

Frankreich: Die Rechte geht in die Offensive

Die Jugendlichen in den Stadtvierteln müssen verteidigt werden!

Nachfolgend drucken wir das Extrablatt vom 7. Juli 2023 von Le Bolchévik *ab, Zeitung der Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga. Beim Rachefeldzug gegen Jugendliche aus segregierten Stadtvierteln wurden laut Aussage des französischen Justizministers bis zum 1. August 2023 insgesamt 2107 Personen vor Gericht gestellt und 1989 verurteilt, davon 1787 zu Haftstrafen. Wir fordern ihre sofortige Freilassung und die Aufhebung aller Anklagen!*



Labournet/Bernhard Schmid

Nanterre, 29. Juni: Banner beim Protest fordert Gerechtigkeit für von der Polizei erschossenen 17-jährigen Nahel Merzouk

7. Juli – Die Ermordung von Nahel Merzouk am 27. Juni durch die Bullen löste eine Welle spontaner und völlig gerechtfertigter Wut aus, welche die Regierung am Ende mit nie dagewesener Gewalt niederschlug. Eine Armee von 45 000 Bullen verbreitete tagelang Angst und Schrecken in den Stadtvierteln und Innenstädten; die Zahl der weiteren Opfer ist bis heute unbekannt, in Marseille wurde mindestens ein weiterer Jugendlicher von Bullen getötet. Faschistische Horden gingen in mehreren Städten dazu über, ihre eigenen Terroroperationen gegen Jugendliche durchzuführen. Die Rechte, die extreme Rechte und die Bullenverbände überbieten sich gegenseitig mit Erklärungen, in denen sie zum Bürgerkrieg gegen die Unterdrückten aufrufen. Nach der Niederlage im Kampf um die Renten und der heutigen Niederlage bei der Revolte in den Vorstädten gewinnt die Reaktion die Oberhand.

Die dringende Aufgabe, diesen reaktionären Umschwung aufzuhalten, besteht darin, die Arbeiterklasse und die Linke zu mobilisieren, um alle Jugendlichen gegen die Rachsucht der Kapitalisten zu verteidigen. Über 3600 Jugendliche wurden bereits verhaftet; die Regierung hat die systematische Inhaftierung all derer angeordnet, die von Bullen erwischt wurden, unabhängig davon, was ihnen vorgeworfen wird und welche Art von Beweisen gegen sie fabriziert wurden. Es gibt bereits mindestens 380 verhängte Gefängnisstrafen ohne Bewährung. Es ist Zeit, Proteste vor Polizeistationen, Gerichten und Gefängnissen zu organisieren in Solidarität mit den Jugendlichen. ***Sie müssen sofort freigelassen werden, und zwar alle ohne Ausnahme!*** Wir rufen die Arbeiterbewegung und die Linke dazu auf, die Verteidigung der Jugendlichen zu finanzieren (siehe Spendenbox).

Seit dem 5. Juli kursiert ein Aufruf für die Demonstration am 8. Juli: „Unser Land ist in Trauer und Wut", der unterzeichnet wurde vom Adama-Komitee [benannt nach Adama Traoré, ein junger Schwarzer, der 2016 von der Polizei getötet wurde], France Insoumise (FI), den Gewerkschaften CGT und SUD und Organisationen wie NPA und anderen. In diesem Aufruf wird jedoch nicht einmal die Freilassung der gerichtlich verfolgten Jugendlichen erwähnt. Diese Verhaftungen sind jedoch eine direkte Bedrohung für die nächste Welle von Kämpfen gegen die Angriffe, die die Regierung führt und die auf Arbeitsplätze, Renten und den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse abzielen.

Warum wird eine für jeden beliebigen Antirassisten so harmlose Frage wie die Verteidigung von Jugendlichen aus den Stadtvierteln gegen den rassistischen Terror der Bullen sowohl von der Regierung und der Rechten und der extremen Rechten als auch von einem Teil der Linken so sehr zur roten Linie erhoben? Weil es im aktuellen Kontext bedeutet, den Republikanismus in Frage zu stellen, der seit über hundert Jahren der ideologische Kitt und die moralische Grundlage des französischen Kapitalismus ist: die uneingeschränkte Loyalität zur bürgerlichen Ordnung und ihren Institutionen, die Verteidigung der Interessen des französischen Imperialismus, der „Laizität" [Trennung von Kirche und Staat] gegen die Muslime. Sich mit der Polizei anzulegen, Privateigentum zu beschädigen oder zu zerstören, bedeutet, das Tabu der republikanischen Ordnung zu brechen. Ob es nun darum geht, diese Jugendlichen bedingungslos zu verteidigen, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen oder für eine Verbesserung der Situation in den

Stadtvierteln zu kämpfen – all das erfordert einen Bruch mit diesem Republikanismus.

Jeder Kampf um ernsthafte Zugeständnisse für die Arbeiter setzt einen harten Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat voraus. Man kann nicht davon ausgehen, morgen solide Streikposten aufzustellen, wenn man heute nicht die Jugendlichen verteidigt, die es gewagt haben, sich gegen den Polizeiterror aufzulehnen. Jede neue Welle der Repression gegen die Arbeiterbewegung oder gegen die Gelbwesten wurde immer durch eine neue Attacke gegen die Jugendlichen in den Stadtvierteln vorbereitet.

Im Aufruf vom 5. Juli heißt es: „Nichts kann jedoch ohne eine andere Verteilung des Wohlstands und ohne den Kampf gegen soziale Ungleichheiten geschehen. Nichts geht ohne den Kampf gegen Armut und Unsicherheit...“ Der massive Wutausbruch in den Stadtvierteln nach dem rassistisch motivierten Mord an Nahel hat in der Tat den Schleier gelüftet und vor allen Augen den Verfall von Wohnungen, die immer weiter zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit und den Abbau des Bildungs- und Gesundheitswesens aufgezeigt. Deshalb bedeutet der Kampf gegen die Diskriminierung und Segregation der unterdrückten Minderheiten aus dem Maghreb und der Subsahara, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die ***gesamte*** Arbeiterklasse zu kämpfen. Und das kann nicht geschehen, ohne die grundlegendsten Interessen der Kapitalisten anzugreifen.

Die NUPES[1] zerreißt sich

Der mickrige Aufruf „Unser Land“ vom 5. Juli war der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) trotzdem noch zu radikal. Sie weigerte sich, ihn zu unterzeichnen, weil er „eine hauptsächlich repressive Auffassung von der Polizei“ erwähnt. Damit holt die PCF die Forderung Roussels aus den Präsidentschaftswahlen nach der Einstellung von 30 000 zusätzlichen Polizisten wieder hervor (*L'Humanité*, 5. Juli). Die Sozialistische Partei (PS) ihrerseits konnte „die unqualifizierten Verurteilungen der Ordnungskräfte“ (*Le Monde*, 7. Juli) nicht schlucken.

Mélenchons FI hat den Aufruf unterzeichnet, aber ihr Programm unterscheidet sich ebenso wenig wie das des Adama-Komitees grundlegend von dem von Roussel und anderen. Sie alle suchen nach einem Weg, die Bourgeoisie davon zu überzeugen, dass sie sich in ihrem eigenen Interesse für die Stadtviertel einsetzt, und sie befürworten verschiedene Pläne für eine Polizeireform. So fordert der Aufruf „eine tiefgreifende Reform der Polizei, ihrer Einsatztechniken und ihrer Bewaffnung ... die Schaffung einer eigenen Abteilung für Diskriminierungen, die die Jugend betreffen, innerhalb der Verwaltungsbehörde, die der Rechtsverteidiger anleitet, und die Verstärkung der Mittel zur Bekämpfung von Rassismus, auch innerhalb der Polizei“. Mélenchon ist außerdem für die Einberufung junger Menschen zur Polizei, weil dadurch seiner Meinung nach „Rassismus und Gewalt innerhalb der Polizei zurückgehen würden“ (*L'Opinion*, 7. Dezember 2020). Sicherlich bringt Mélenchon dies in diesem Moment nicht zur Sprache, weil die Revolte erneut aufflammen würde, wenn jemand es wagte, sein Projekt umzusetzen.

Diese Pläne für eine „Polizeireform“ ketten Arbeiter und Unterdrückte an die Bourgeoisie, indem sie glauben machen, dass die Bullen eine unparteiische Kraft in den Diensten der gesamten Bevölkerung seien – als ob sie sowohl den kapitalistischen Ausbeutern als auch den Arbeitern und Jugendlichen dienen könnten.

Mélenchon besteht darauf, dass der Rest der NUPES keinen Grund hat, zu sagen, „sie hätten eine grundlegende Meinungsverschiedenheit mit mir“. Dennoch bilden die PS und die PCF eine Einheitsfront mit Macron, der Rechten und der extremen Rechten gegen Mélenchon, weil dieser sich geweigert hat, die Jugend aufzurufen, zu Kreuze zu kriechen. Das ehrt ihn, stellt ihn aber vor ein großes Problem: Einerseits wird er als Hauptpol der Opposition gegen die Reaktion wahrgenommen und will diese Rolle in der Tat spielen. Andererseits würde die Verteidigung der Jugendlichen aus den Vororten die NUPES und auch die FI sprengen, da beide auf den „republikanischen Werten“ basieren. Diese Jugendlichen bedingungslos gegen Repression zu verteidigen ist mit diesen „Werten“ unvereinbar, es kommt einem Bannfluch gleich für jeden, der den französischen Kapitalismus regieren will (und das ist es, was Mélenchon will).

Die NUPES und die FI selbst stecken in einer schweren Krise. Diese Situation bietet eine Gelegenheit für Revolutionäre, die Verteidigung der Jugend voranzutreiben und das Bündnis der Klassenzusammenarbeit zu brechen, welches in jeder Phase den Kampf für die Interessen der Arbeiter bremst. Dies ist der Moment, um im Kampf die ***Notwendigkeit*** einer revolutionären Partei zu zeigen! Dazu müssen die inneren Widersprüche der NUPES und der Gegensatz zwischen dem Republikanismus der gesamten Linken und dem Anspruch, sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, auf die Spitze getrieben werden, um den reaktionären Charakter der NUPES als ein in ihrer gesamten Zusammensetzung ausdrückliches Hindernis für die Verteidigung der Unterdrückten zu zeigen. Aber das ist eine Gelegenheit, welche Révolution permanente (RP), die sich sehr für die Verteidigung der Jugend einsetzt, nicht einmal in Erwägung zieht.

Für eine breite Front zur Verteidigung der Jugend!

Révolution permanente [in Deutschland verbunden mit Klasse Gegen Klasse/RIO] ruft zu Recht dazu auf, eine breite Front zur Verteidigung der Stadtviertel aufzubauen, und hat sich zu Recht geweigert, den Aufruf des Adama-Komitees zu unterzeichnen, indem sie sich insbesondere gegen dessen „Strategie, die Regierung zur Rede zu stellen und die Polizei zu reformieren“, aussprach, und sie verurteilt vehement die chauvinistischen Positionen der rechtesten Teile der NUPES (PS, PCF). Sehr richtig.

[1] [Neue ökologische und soziale Volksunion, unter Führung von Jean-Luc Mélenchon, umfasst: La France Insoumise, Parti socialiste, Europe Écologie Les Verts, Parti communiste francais, Ensemble!, Génération.]

Sofortige Freilassung! Aufhebung aller Verfahren!

Sendet eure Spende an das CDDS:

per Scheck zahlbar an das CDDS (betrifft: Quartiers 2023)
oder per Überweisung: IBAN FR57 2004 1000 0101 4292 5J02 089 / BIC PSSTFRPPPAR

Oder sendet eure Zahlung auf das vom Antiracist Legal Team organisierte Konto:

https://www.cotizup.com/legalteamantiraciste

Das Comité de défense sociale (CDDS) ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Ligue trotskyste de France.

CDDS, BP 10236, 75464 Paris cedex 10 / Tel.: 0033 1 42 08 01 49 / E-Mail: cdds-france@hotmail.fr

RP macht auch folgenden Aufruf: „Es ist dringend notwendig, die Amnestie aller festgenommenen Jugendlichen, die Aufhebung aller Sicherheits- und Rassismus-Gesetze oder das Fallenlassen des Einwanderungsgesetzes zu fordern.“ Dem stimmen wir zu. Die FI sollte dazu aufgefordert werden, dass ihre Parlamentarier solche Resolutionen sofort ins Parlament einbringen – entweder sie weigern sich und zeigen, was sie sind, oder die NUPES wird explodieren.

Aber RP prangert den Republikanismus nicht als Haupthindernis an, lässt die Spannungen, die an der FI zerren, unter den Teppich fallen, anstatt sie zu verschärfen, und legt somit nicht dar, wie die FI die Verteidigung der Jugend *lähmt*. Im Gegensatz dazu betrachtet RP den Aufruf vom 5. Juli als „fortschrittlichen Schritt“ und begrüßt

> „die Reaktion von Teilen der Linken wie France Insoumise, die sich trotz des Drucks des Staates in diese Richtung geweigert haben, ‚zur Ruhe‘ aufzurufen, aber auch die breite Front von politischen Organisationen, Gewerkschaften, darunter die CGT, und Kollektive, die sich in einem am 5. Juli veröffentlichten Kommuniqué zur Unterstützung der Arbeiterviertel geäußert haben. Diese Stellungnahme stellt einen Bruch und einen Fortschritt im Vergleich zur Situation im Jahr 2005 dar. Bedauerlich sind hingegen der späte Zeitpunkt und ihre Logik, die Regierung zu befragen.“

So weigert sich RP trotz ihrer Kritik, die zentrale Aufgabe anzugehen: Um eine breite Front zur Verteidigung der Jugend aufzubauen, muss man gegen den Einfluss der mélenchonistischen Republikaner und für eine ***revolutionäre Führung*** kämpfen. Die Weigerung, einen solchen politischen Kampf zu führen, kann nur zur Folge haben, dass die Verräter an der Spitze der Gewerkschaften und die Mélenchon-Anhänger wieder an der Spitze der Bewegung bleiben – und die werden auch die Verteidigung dieser Jugendlichen untergraben. RPs Aufruf zu einer breiten Front führt nicht dazu, die Rolle der Führer von CGT, NUPES und der Mélencholisten zu entlarven, sondern baut im Gegenteil ihre Autorität auf.

SPARTAKIST-KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 2 35 55, 10127 Berlin Telefon: (030) 4 43 94 00
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (040) 32 36 44
E-Mail	spartakist@online.de

In der gegenwärtigen Situation des Aufstiegs der Reaktion ist es weiterhin unser Ziel, für die Vereinigung der Arbeiterklasse zu kämpfen und sie als ***unabhängige*** Kraft gegen die Bourgeoisie und ihren Staat ***an die Spitze*** aller Unterdrückten zu stellen. Die Einheit der Jugend und der Arbeiterklasse zu erreichen wird also nur auf der Grundlage eines ***Bruchs*** mit dem Republikanismus und hinter einer revolutionären Avantgarde möglich sein. Genau das lehnt RP ab.

Der Kampf für die Befreiung der Jugendlichen muss Hand in Hand gehen mit Forderungen nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen, nach dem gleichen Status für alle Arbeiter, um die von den Bossen ausgeübte Rassenspaltung zu bekämpfen. Dies könnte ein Funke sein, um die Arbeiter dafür zu mobilisieren, den Aufstieg der Reaktion zu stoppen und die Organisierung der Arbeiterklasse für die nächsten Schlachten voranzutreiben.

Die Gewerkschaftsbürokraten und Mélenchon-Anhänger hingegen sabotieren jede größere Konfrontation, halten den Kampf in einem für die Bourgeoisie akzeptablen Rahmen, respektieren gewerkschaftsfeindliche Gesetze, beugen sich den Strafanträgen und versuchen, den Wunsch der Arbeiter, Macron und die ihm dienenden Parasiten zu besiegen, aufs Parlament und auf eine Reform des kapitalistischen Staates zu lenken. In den Gewerkschaften und Stadtvierteln muss ein revolutionärer Pol aufgebaut werden, der sich auf den politischen Bruch mit dem Republikanismus von Mélenchon und dem syndikalistischen Reformismus stützt, und es müssen Demonstrationen vor Polizeistationen und Gerichten organisiert werden, die hinter diesen Forderungen stehen:

- Sofortige Freilassung aller inhaftierten Jugendlichen! Aufhebung aller Anklagen!
- Schmieden wir eine revolutionäre multiethnische Partei, die für eine Arbeiterregierung kämpft!
- Bruch mit dem Republikanismus – keine Unterstützung für Mélenchon oder die NUPES!
- Ersetzen wir die Bürokraten durch eine revolutionäre Gewerkschaftsführung – Bullen, Gefängniswärter und Manager raus aus den Gewerkschaften!
- Um die Wohnungskrise zu bekämpfen, die besonders junge Menschen trifft, müssen die Großgrundbesitzer und Luxushotels sofort enteignet werden. Massiver Bau von billigen und qualitativ hochwertigen Wohnungen!
- Für kostenfreien öffentlichen Nahverkehr rund um die Uhr in hoher Taktfolge!
- Einstellung aller prekär Beschäftigten mit vollem Status! Massive Kampagne für gewerkschaftliche Organisierung!
- Sofortige Streichung aller Bankschulden von kleinen Geschäften, Bars und Restaurants sowie aller Schulden von Studierenden.
- Volle Staatsbürgerschaftsrechte für alle Immigranten!

Schmeißt raus...

Fortsetzung von Seite 2

tatsächliche Verbesserungen kämpfen will, muss den Kampf gegen die Pro-NATO-Führer wie Werneke aufnehmen. Für die Gewerkschaften ist es dringend notwendig, die Sanktionen zu durchbrechen, russisches Gas reinzulassen, alle Kraftwerke und Pipelines zu beschlagnahmen und die Energie zu Produktionskosten zu verteilen. Aber schon diese grundlegenden Maßnahmen erfordern einen Bruch mit den Gewerkschaftsführern wie Werneke und Co., die durch eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung ersetzt werden müssen.

Janine Wissler, Vorsitzende der Linkspartei, hat seit dem Erfurter Parteitag 2022 gezeigt, was ihr die papierene Opposition zur NATO und zu Waffenlieferungen, an der formal festgehalten wurde, wert ist: einen Dreck. Sie hat jegliche linke Kritik an der NATO mundtot gemacht und drängt den Wagenknecht-Flügel immer mehr raus, der sich das gefallen lässt, wenn auch unter Tränen. Wissler vernebelt ihre Aktionen mit dem Gerede über „soziale Gerechtigkeit" und setzt die Einheit in der Linkspartei mit dem offenen Pro-NATO-Flügel von Gysi, Ramelow und Lay durch. Ja klar, alle brauchen soziale Verbesserungen. Aber Wisslers Kurs, als Handlanger Ramelows für die Solidarität mit der Ukraine und die NATO-Parole „Russische Truppen raus" einzutreten, steht grundlegenden Verbesserungen entgegen.

Gegen die Offensive der Pro-NATO-Stiefellecker hatten wir Spartakisten bereits kurz nach Ausbruch des Krieges eine klare Antwort gegeben, wofür gekämpft werden muss: Schmeißt die EU/NATO-Unterstützer aus der Linken! Höhepunkt unserer Intervention in die damalige Polarisierung der Linken über den Krieg war beim Parteitag. Jeder Delegierte hat unseren Antrag zum Rausschmiss von Gysi, Ramelow, Lay und Co. bekommen, aber abgelehnt, dafür zu kämpfen. Während viele von ihnen sich als Sozialisten und sogar Kommunisten bezeichnen, haben sie jedoch in der Praxis die heilige Einheit mit den Führern der Linkspartei über die Interessen der Arbeiter gestellt.

Was macht Wagenknecht seit Ausbruch des Krieges? Sie greift die verheerende Politik der Ampel-Regierung an und fordert ein Ende des Wirtschaftskriegs gegen Russland. Das



picture alliance/ZUMAPRESS.com/Nicholas Muller

Berlin, AfD demonstriert am 3. Oktober als einzig sichtbare parlamentarische Opposition gegen den Ukrainekriegskurs der SPD-geführten Regierung für eine alternative Option der deutschen Bourgeoisie

bringt ihr einiges an Sympathie ein. So windelweich ihre Kritik an der NATO auch ist, sie ist für die deutsche Bourgeoisie eine rote Linie und völlig inakzeptabel. Deshalb gibt es eine andauernde Kampagne der bürgerlichen Presse gegen Wagenknecht, und deren Echo sind Wissler und ihre Pro-NATO-Kumpanen. Wagenknecht hat vor dieser Offensive kapituliert und an der Einheit mit der Pro-NATO-Führung geklebt wie ein zäher Kaugummi. Wer nicht mal mit Wissler fertig wird, kann ganz bestimmt keinen Kampf gegen die Kapitalisten führen!

Das wird sehr klar bei der einzigen Aktion, die Wagenknecht seit letztem Jahr durchgeführt hat: ihr „Aufstand für den Frieden" im Februar 2023 zusammen mit der bürgerlichen Feministin Alice Schwarzer. Um die 50 000 Leute kamen zu ihrer Demonstration, viele, weil sie sich mit Wagenknechts Opposition gegen Waffenlieferungen, NATO und antirussische Sanktionen identifizieren. Aber tatsächlich hat ihr Demoaufruf jegliche Opposition zur NATO fallengelassen, um es den NATO-Sprachrohren wie Gysi und Ex-General Vad zu ermöglichen, ihn zu unterstützen.

Dies zeigt, wie das Festklammern an der Einheit mit den

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Scholz, Werneke, Wissler... Pro-NATO-Arbeiterführer bauen AfD auf: Schmeißt sie raus!

Hamburg

Samstag, 11. November, 15 Uhr

Kulturschloss Wandsbek, Veranstaltungssaal
Königsreihe 4
Nähe S-Bhf. Friedrichsberg (S1)

Berlin

Mittwoch, 15. November, 19 Uhr

ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1
Seminarraum 1
Nähe S-Bhf. Ostbahnhof (S3, 5, 7 und 75)

Berlin: (030) 443 94 00 · Hamburg: (040) 32 36 44 · spartakist@online.de · @spartakist_IKL

offen sozialchauvinistischen Führern bedeutet, dass Wagenknecht nicht mal für ihre eigenen richtigen Forderungen wie den Stopp der Sanktionen kämpft. Auf diese Weise treibt Wagenknecht jeden Arbeiter und Kleinbürger, der nach einem Weg sucht, sich gegen die Regierung zu wehren, in die Arme der AfD.

Viele setzen Hoffnungen in die neue Partei, deren Gründung Wagenknecht tausendfach angedeutet hat, dass sie gegen den NATO-Kurs kämpfen und der AfD das Wasser abgraben könnte. Wenn Wagenknecht ihre Partei gründet, dann weniger aus eigenem Antrieb, sondern weil der Druck vonseiten der Linksparteiführung um Wissler sie dazu zwingt. Wenn man sich anguckt, wie Wagenknecht vor Wissler und Gysi seit letztem Jahr auf den Knien gerutscht ist, wird es allerdings glasklar, dass ihre neue Partei keinerlei Kampfinstrument gegen die Pro-NATO-Führer der Arbeiterbewegung sein wird, geschweige denn dafür, die Ursache von Krieg und Krise anzugehen.



Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)
Gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen, 21. Januar 1990

Schmeißt die Pro-NATO-Führer aus ver.di raus!

Vorschlag für einen Antrag an die Delegierten zum ver.di-Bundeskongress

Die Linie der ver.di-Führung zur Unterstützung der NATO und der Ampel-Regierung, für Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland ist eine einzige Katastrophe für die Arbeiter und treibt immer größere Teile der Bevölkerung in die Arme der AfD.

Schluss damit! Viele Arbeiter wollen dagegen kämpfen. Aber wie? Die Sagt-Nein-Petition stellt sich zu Recht gegen Waffenlieferungen und ruft zum „offenen Bruch“ mit dem Burgfrieden mit der [illegible] NATO-Kurs [illegible] sofortigen Schritt vor: Bringt diesen Antrag e[illegible]

Antrag:

Alle NATO-Unterstützer in der ver.di-Führung, allen voran Frank Werneke, den gesamten Bundesvorstand sowie Maya Schwiegershausen-Güth, sofort aus ver.di auszuschließen.

Nur wer die Einheit mit den Pro-NATO-Arbeiterführern höher stellt als die Interessen der Arbeiterklasse und seine eigenen Prinzipien, kann diese Maßnahme grundlegender gewerkschaftlicher Hygiene ablehnen.

Berlin, den 14. September 2023

Das liegt daran, dass Wagenknechts ganzes pazifistisches Programm darauf abzielt, die deutsche imperialistische Regierung anzuflehen, Friedensverhandlungen voranzutreiben. Der einzige Grund, warum Deutschland und die anderen NATO-Imperialisten einen Deal machen würden, wäre, ihre eigenen ausbeuterischen Interessen durchzusetzen. Dies würde nur mehr Unterdrückung bedeuten und die Grundlage für die nächsten Kriege legen. Wagenknecht verbreitet die Illusion, man könne aus dem Imperialismus eine Kraft für Frieden machen und seine Widersprüche wegregulieren. Das führt sie direkt zur Kapitulation und Einheit mit Typen wie Wissler, die ebenfalls für „Verhandlungen statt Panzer“ eintritt. So verhindert Wagenknechts pazifistisches Programm einen Kampf des Proletariats für seine Klasseninteressen gegen die Ausbeuter.

Sagt-Nein-Petition beim ver.di-Kongress

Oppositionelle Gewerkschafter haben sich um die Petition „Sagt Nein!“ organisiert. Sie wollen den kriegstreiberischen Leitantrag der ver.di-Führung zu Fall bringen und sprechen sich gegen Burgfrieden und Waffenlieferungen aus. Das spiegelt eine gerechtfertigte Wut an der Basis der SPD-geführten Gewerkschaften wider, die Frieden will und nach einem Weg sucht, die Angriffe auf ihren Lebensstandard zurückzuschlagen. Tatsächlich ist dies dringend notwendig.

Das entscheidende Hindernis, das die Arbeiter bisher davon abgehalten hat, hierfür kämpfen zu können, ist gerade die Einheit mit der jetzigen Pro-NATO-Führung. Besonders die in ver.di und EVG organisierten Transportarbeiter in Bahn und Hafen haben die Macht, Waffenlieferungen zu stoppen, jetzt! Das ist aber nicht möglich mit den Führern, die für diese eintreten. Doch genau den Schritt, mit diesen Führern zu brechen, macht auch die Sagt-Nein-Petition nicht! Stattdessen bittet sie diese sozialchauvinistischen Führer, doch etwas mehr für Frieden zu tun. So führt sie die bisherige Niederlagenstrategie der gesamten Linken weiter.

Während die Kapitalisten und ihre Ampel-Schergen mit ihrem Horror-Haushalt massive Militarisierung weitertreiben, bettelt die Sagt-Nein-Petition um Abrüstung und einen nicht militaristischen deutschen Imperialismus. Diese süßen Illusionen sind aber vollkommen akzeptabel auch für offene Pro-Imperialisten wie Werneke, der sich auch gegen das NATO-2-Prozent-Ziel ausspricht, während er die Arbeiter für die Linie der Regierung zu mobilisieren sucht. Das ist genau die Funktion dieser Abrüstungsfloskeln: die Arbeiter einzuseifen, um sie vom Bruch mit der proimperialistischen Führung abzuhalten.

Das imperialistische System kann nicht friedlich gemacht werden. Die Sagt-Nein-Kampagne verkauft den Arbeitern als Lösung, man müsse einfach zur relativ friedlichen Periode vor dem Ukrainekrieg zurückkehren. Aber genau in dieser Zeit hat der deutsche Imperialismus, in Zusammenarbeit mit den USA und unter ihrer Führung, durch kontinuierliche Ausweitung von NATO und EU diesen Krieg verursacht! Statt die Arbeiter für die Einheit mit den Lakaien des Imperialismus zu mobilisieren, müssen wir im Gegensatz dazu eine Einheit der Arbeiter in Deutschland, der Ukraine und Russland *gegen* den Imperialismus aufbauen. Das geht nur mit einer revolutionären Perspektive, hier in Deutschland die Arbeiter an die Macht zu bringen und dafür zu kämpfen, den reaktionären Krieg in der Ukraine in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Ukrainische und russische Arbeiter und Soldaten: ***Dreht die Gewehre um!***

Der einzige Weg, die Abwärtsspirale für die Arbeiter und den Aufstieg der AfD umzukehren, ist ein Kampf, die aktuelle Führung endlich rauszuschmeißen. Die Hauptlehre aus dem letzten Jahr ist, dass dafür der politische Kampf gegen die linken Pazifisten geführt werden muss. Dafür müssen sich Arbeiter und Jugendliche mit einem revolutionären Programm gegen den Imperialismus bewaffnen. Nieder mit der vermaledeiten Einheit! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei gegen NATO und EU! ■

Offener Brief an Klasse Gegen Klasse/RIO

Was ist ein revolutionärer Bruch?

Liebe Genossen von Klasse Gegen Klasse,

in eurem Artikel „Bauen wir eine unabhängige revolutionäre Alternative zur Ampel und der gescheiterten Linkspartei auf, um die Rechten zu konfrontieren“ (8. Oktober) schreibt ihr, im Kontext des Aufschwungs der AfD: „Die Linken und die Arbeiter:innenbewegung müssen dagegen eine Kraft aufbauen, die für einen revolutionären Bruch mit dem Reformismus kämpft...“ Ihr ruft dazu auf: „Lasst uns für eine sozialistische, internationalistische, revolutionäre Partei der Arbeiter:innenklasse kämpfen, mit der Perspektive einer Arbeiter:innenregierung, die mit dem Kapitalismus bricht.“ Gut!

Die Schlüsselfrage ist: *Was ist ein revolutionärer Bruch?* Im Ersten Weltkrieg beschrieb Lenin die Aufgabe von Revolutionären so:

> „Den Massen die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruchs mit dem Opportunismus klarmachen, sie durch schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus zur Revolution erziehen, die Erfahrungen des Krieges ausnutzen, um alle Niederträchtigkeiten der national-liberalen Arbeiterpolitik aufzudecken und nicht zu bemänteln – das ist die einzig marxistische Linie in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.“ (*Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus*, 1916)

Wir müssen diese Politik auf die entscheidende Frage von heute anwenden: den Ukrainekrieg und seine Folgen. Die Führer der Arbeiterklasse in SPD, Linkspartei und Gewerkschaften unterstützen die Ukraine und den Pro-NATO-Kurs der deutschen Bourgeoisie. Sie sind ein Hindernis für den Klassenkampf und tragen die Verantwortung für den Aufstieg der reaktionären AfD, die als einzige Opposition gegen die Regierung und den Krieg wahrgenommen wird. Jeder Schritt vorwärts für die Arbeiterklasse, und auch der Kampf gegen den Aufstieg der AfD, erfordert einen Bruch mit den Pro-NATO-Führern der Arbeiterbewegung und mit ihrem Programm. Wie in Lenins Zeiten ist es jedoch die Hauptaufgabe von Revolutionären, diejenigen politisch zu entlarven, die – wie Karl Kautsky damals – behaupten, Marxisten zu sein, aber mit süßlichen Phrasen von Frieden und Abrüstung die Einheit mit den offenen Sozialchauvinisten aufrechterhalten wollen.

Wir rufen dazu auf, die offenen Unterstützer der NATO aus der Arbeiterbewegung zu schmeißen. Das ist noch kein revolutionärer Bruch, aber ein Kampf dafür ist gerade jetzt unverzichtbar. Während des Kampfes für diese grundlegende Maßnahme politischer Hygiene wird deutlich, wer sich in der Praxis dagegenstellt und das wirkliche Hindernis im Kampf für eine revolutionäre Partei ist. Bis jetzt hat KGK/Revolutionäre Internationalistische Organisation es abgelehnt, diesen dringenden Kampf aufzugreifen. Wer es jedoch ernst meint mit einem revolutionären Bruch von Linkspartei, SPD und pro-kapitalistischer Gewerkschaftsführung, muss sich mit den Gründen eurer Ablehnung auseinandersetzen und sie überdenken.

Revolutionärer Bruch oder Frieden mit der Gewerkschaftsführung?

Der ver.di-Bundeskongress im September war eine gute Gelegenheit für Kommunisten, um für den Bruch mit den Pro-NATO-Arbeiterverrätern zu kämpfen. Ihr habt im Vorfeld die Unterschriften-Kampagne „Sagt Nein!“ unterstützt, die sich zu Recht gegen den Leitantrag des ver.di-Bundesvorstandes, gegen Waffenlieferungen und den Burgfrieden der Gewerkschaft mit der Regierung im Ukrainekrieg stellte. Aber wie wir in unserer Intervention bei dem Protest von „Sagt Nein!“ vor dem Kongress und in unserem Flugblatt „Schmeißt sie raus!“ (siehe Titelseite im *Spartakist*) betonten, führte „Sagt Nein!“ die Niederlagenstrategie der gesamten Linken seit letztem Jahr weiter: nämlich die Einheit mit der sozialchauvinistischen Führung der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.



Wo ist hier der revolutionäre Bruch?

Die fundamentale Aufgabe von Kommunisten in den Gewerkschaften ist es, für eine revolutionäre Führung zu kämpfen, die die jetzige pro-kapitalistische Führung ersetzt. Gegen Waffenlieferungen und Burgfrieden kann man nicht zusammen mit denjenigen kämpfen, die dafür eintreten und die Arbeiter auch dafür mobilisieren. Genau diese Illusion schürt ihr aber mit eurer Unterstützung von „Sagt Nein!“ und verhindert so den elementaren Kampf gegen die NATO-Unterstützer in der Führung, der aber die Voraussetzung dafür ist, um zum Beispiel Aktionen für den Stopp von Waffenlieferungen zu organisieren, für die ihr doch eintretet.

Ihr sagt „100 Milliarden für Soziales statt Waffen!“ Ja! Natürlich müssen wir gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr kämpfen, und wir brauchen 100, 200 und mehr Milliarden für die Bildung der Kinder der Arbeiterklasse und für Soziales! Aber wie kämpft man dafür? Riesige Investitionen in Bildung und Gesundheit der Bevölkerung müssen durch harten Klassenkampf, in direkter Auseinandersetzung gegen die Interessen der deutschen Kapitalisten, erkämpft werden.

Frank Werneke hat auf dem ver.di-Kongress erklärt: „Wir sagen geschlossen Nein zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO und zum 100-Milliarden-Euro-Programm für die Bundeswehr“, und tritt gleichzeitig für soziale Verbesserungen für die Arbeiter ein. Das war ein nützliches Manöver von Werneke, um der Gewerkschaftsbasis die Lüge zu verkaufen, mit Pro-NATO-Führern wie ihm könne man gegen den Militärhaushalt der Kapitalisten vorgehen und grundlegende Verbesserungen erreichen.

Aber weder grundlegende Verbesserungen noch der Kampf gegen die Militarisierung können vorangebracht werden durch nette Appelle an die Regierung (die ja gerade das Gegenteil tut) oder an die Gewerkschaftsführer (die diese Angriffe über das ganze Jahr erlaubt haben)! Aber leider hat KGK mit der Unterstützung der Sagt-Nein-Petition genau die Rolle Wernekes abgedeckt und die Illusion weiter geschürt, dass man mit ihm zusammen gegen Aufrüstung kämpfen kann. Die bürgerliche *FAZ* hat in ihrem Artikel (19. September), vom Standpunkt der Kapitalistenklasse aus, die Rolle von Werneke mit seinen Abrüstungsphrasen treffend ausgedrückt: „Der Dompteur der linken Revolutionäre“.

Ihr seid in den Gewerkschaften für den „Aufbau revolutionärer Fraktionen, die mit einem unabhängigen Programm der Arbeiter:innenbewegung eine Opposition gegen Staat und Kapital aufbauen“. Auf welcher Grundlage werden revolutionäre Fraktionen gebildet? Genau durch den Kampf für den Rauswurf der aktuellen Pro-NATO-Führung, der eine schonungslose Auseinandersetzung gegen alle Versöhnler nötig macht.

Ein gutes Beispiel dafür, was ihr gegenüber Versöhnlern in den Gewerkschaften tut, ist Jana Kamischke, Betriebsrätin bei der HHLA und im letzten Jahr euer Anker, um in ver.di am Hafen anzudocken. Im Sommer 2022 gab es einen Streik an den norddeutschen Häfen gegen die Inflation, den die Pro-NATO-Führer sofort abwürgten, als er Wirkung zeigte, und um eine größere Krise für die deutschen Kapitalisten abzuwenden. In dieser Situation war es notwendig, „den Massen die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruchs mit dem Opportunismus klar[zu]machen“ (Lenin), d. h. den Bruch mit diesen Pro-NATO-Führern, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, wie bei einem siegreichen Streik, voranzubringen.

Stattdessen hat KGK die Petition „Gegen jede Einschränkung des Streikrechts“ von Kamischke unterstützt, die die Führung angebettelt hat, doch ein bisschen weiter zu streiken. Offensichtlich konnte das nichts ausrichten gegen den Ausverkauf der berechtigten Forderungen der Arbeiter gegen das Inflationsmonster. Indem KGK Hoffnungen in die jetzige Führung geschürt hat und es abgelehnt hat, die Gewerkschaftsführer über ihre Pro-NATO-Linie anzugreifen, hat KGK dazu beigetragen, diese Führer im Sattel zu belassen, und die Illusion verbreitet, in Einheit mit ihnen könnten substanzielle Errungenschaften erkämpft werden.

Kamischke und ihre Kumpel in der Bürokratie führten dann Betriebsversammlungen durch, um die Niederlage den Arbeitern schmackhaft zu machen. Stefan Schneider und Lennart Beeken schreiben am 12. August diesen Jahres: „In Deutschland beobachten wir Ansätze von Streikdemokratie, etwa bei Betriebsversammlungen der Häfen im vergangenen Jahr“, und decken damit den Ausverkauf des Hafenstreiks und Kamischkes Rolle dabei von links ab.

Beim ver.di-Kongress übte Kamischke linke Kritik an

Ein revolutionärer Weg…

Fortsetzung von Seite 16

Truppen. Stattdessen muss die gesamte palästinensische Bevölkerung dafür mobilisiert werden, jeden Zentimeter ihres Territoriums gegen Übergriffe zu verteidigen und die Belagerung des Gazastreifens und der Westbank zu durchbrechen.

Aber bewaffneter Widerstand allein kann nicht den Sieg bringen: Er muss mit einer Perspektive des Klassenkampfes innerhalb Israels kombiniert werden. Dies erfordert Kämpfe für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter, gegen die rassistische Diskriminierung von Arabern und nicht-weißen Juden und für die Trennung von Religion und Staat. Diese *müssen* mit der Überwindung des Haupthindernisses verbunden werden, das jedem sozialen Fortschritt im Wege steht: die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel. Die vorrangige Aufgabe von Revolutionären in Israel besteht gerade darin, dafür zu kämpfen, dass die Arbeiterbewegung die Sache der palästinensischen Befreiung aufgreift, im Kampf gegen die zionistischen Arbeiterführer.

Entscheidend ist, dass der Klassenkampf in den Städten auch in die israelische Armee hineingetragen wird, mit der Perspektive, sie zu spalten. Die IDF besteht zum überwiegenden Teil aus Wehrpflichtigen, die zum Dienst gezwungen werden. Wenn der Militärdienst nicht mehr als lebenswichtig für das Überleben des jüdischen Volkes angesehen wird, wenn die Kosten der Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu hoch werden und wenn der Konflikt innerhalb Israels einen Siedepunkt erreicht, kann und wird die israelische Armee auseinanderbrechen.

Mehr als 75 Jahre brutaler Geschichte haben die Schicksale der israelischen Juden und der Palästinenser vollständig miteinander verwoben. Die Befreiung Palästinas erfordert die Zerschlagung des zionistischen Staates, die ohne die Befreiung der israelischen Arbeiterklasse unmöglich ist. Die wirtschaftliche, demokratische und soziale Entwicklung der israelischen Arbeiter und selbst ihr Fortbestehen im Nahen Osten erfordert wiederum das Ende der Unterdrückung Palästinas, die gerade das Fundament des zionistischen Staates ist.

Wie man den Imperialismus besiegt

Israel wird von den USA und allen anderen imperialistischen Mächten unterstützt, wie ihre bedingungslose Unterstützung des Angriffs auf Gaza einmal mehr zeigt. Die Befreiung der Palästinenser erfordert daher eine Strategie zur Konfrontation und Niederlage des Imperialismus im Nahen Osten und letztlich weltweit. Doch die Nationalisten sind

Fortgesetzt auf Seite 15

Fahimi und sagte, dass „jetzt der richtige Zeitpunkt für kapitalismuskritische Gesellschaftsdebatten“ sei – um was zu tun? Werneke die Hand zu reichen, man werde „eine gemeinsame Position finden“ gegen die Angriffe der Bosse an den Häfen. Was ist eure Antwort darauf? Revolutionäre müssen Kamischkes Rolle als Kompromissler angreifen, die links tönt, aber mit den rechten Pro-NATO-Typen die Einheit sucht, was dem Aufbau einer revolutionären Führung im Hafen im Weg steht. Wer das nicht tut, dem bleibt nur die Rolle als letztes Glied in der syphilitischen Kette übrig.

NATO und die Polarisierung in der Linken über den Krieg

Voll im Fahrwasser der Imperialisten haben zentrale Führer der Arbeiterbewegung und Linken, wie z. B. Gysi, den Pro-NATO-Kurs der deutschen Bourgeoisie übernommen. Ein anderer Teil, allen voran Sahra Wagenknecht, hat zwar als Echo auf die Ampel ebenso Russlands Einmarsch als „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ verurteilt, sich aber gegen Waffenlieferungen, Sanktionen und den NATO-Kurs gestellt. Das hat zu einer zugespitzten Polarisierung, einer groben Klassenlinie für oder gegen NATO, in der Linken letztes Jahr geführt.

Viele Arbeiter, die einfach nur Frieden wollen und wütend auf die Regierung und die verräterischen Arbeiterführer sind, schauen mit Sympathie auf Wagenknecht und sehen in ihr eine Vorkämpferin für ihre Interessen und gegen den Krieg. Natürlich ist sie das nicht: Auf Grundlage ihres pro-kapitalistischen Programms hat sie, trotz ihrer Anti-NATO-Position, den politischen Kampf gegen die NATO-Unterstützer abgelehnt.

Wie müssen Revolutionäre mit dieser Situation umgehen? Ein revolutionärer Bruch passiert nicht durch abstrakte Proklamationen eines „Bruchs“ – man muss auf Schritt und Tritt den Einfluss des Reformismus auf die Arbeiter bekämpfen. Für Leninisten war klar: Einerseits müssen wir allen Arbeitern und Jugendlichen einen Weg aufzeigen, wie man die Pro-NATO-Offensive zurückschlagen kann, und gleichzeitig müssen wir einen scharfen politischen Kampf führen gegen das Programm der sich als „Anti-Imperialisten“ präsentierenden Pazifisten wie Wagenknecht. Genau mit diesem Ziel haben wir Spartakisten propagiert: ***„Schmeißt die EU/NATO-Unterstützer aus der Linken!“***

Vor allem war dies eine politische Waffe, um zu entlarven, dass das Programm der Anti-NATO-Pazifisten im Kampf gegen den deutschen Imperialismus das größte Hindernis ist. Und KGK? Wie alle Linken hat auch KGK diesen Kampf abgelehnt und dagegen an der Einheit mit den NATO-Unterstützern festgehalten. So hat KGK, trotz aller Anti-NATO-Rhetorik, Ramelow und Konsorten geholfen, ihre pro-imperialistische Offensive durchzuziehen. Gleichzeitig hat KGK den politischen Kampf und die Auseinandersetzung mit dem pazifistischen Programm von Wagenknecht gescheut.

Als die Polarisierung in der Linkspartei dem Höhepunkt entgegenging, um den Linke-Parteitag in Erfurt im Juni 2022 herum, hat KGK einfach zum Austritt aus der Linkspartei aufgerufen. *Ohne* den Kampf gegen die NATO-Sprachrohre aufzunehmen und *ohne* politischen Kampf gegen Wagenknecht und Co. ist ein einfacher Appell zum „Austritt“ eine sektiererische Linie, die ***nichts tut***, um die Polarisierung in der Linken in Richtung Reform kontra Revolution zu vertiefen.

Die Argumente von KGK, um sich aus diesem politischen Kampf rauszuhalten, waren, dass Wagenknecht ja auch pro-kapitalistisch ist, und waren oft geborgt von der liberalen Hexenjagd („Putinversteherin!“, „Rassistin!“) des Pro-NATO-Flügels. Ja, Wagenknechts pro-kapitalistisches Programm bietet der Arbeiterklasse keinen Ausweg. Ja, Wagenknecht vertritt, u. a. in der Migrationspolitik, ein sozialchauvinistisches Programm – wie die ***gesamte*** Sozialdemokratie. Aber anstatt die scharfe Polarisierung in der Linken als Gelegenheit zu nutzen, um im Kampf für ein sofortiges Bedürfnis der Arbeiter gegen die Pro-NATO-Führer vorzugehen und dabei den Bankrott des pazifistischen Programms aufzuzeigen – und so einen revolutionären Bruch voranzutreiben – … hat KGK einfach in steriler Weise mit linken Phrasen abseitsgestanden. Im Ergebnis hat das nur dazu geführt, dass Wissler und Co. ihren offen pro-imperialistischen Kurs ungehindert durchziehen können, und auf der anderen Seite dazu, Wagenknecht nicht anzutasten.

Um die Interessen der Arbeiterklasse voranbringen zu können, ist es notwendig, den Burgfrieden mit den Kapitalisten aufzukündigen. Wie bei den anti-russischen Sanktionen. Ihr sagt, ihr seid gegen die Sanktionen. Aber was bedeutet der Kampf gegen Sanktionen ***konkret***? Wir sagen: Lasst russisches Gas und Öl rein! Die Arbeiterklasse muss Nord Stream und alle sanktionierten Anlagen beschlagnahmen und in Betrieb nehmen! Wer sich gegen Sanktionen ausspricht, aber es ablehnt, für das Grundbedürfnis aller Arbeiter und Unterdrückten für billiges russisches Gas zu kämpfen, kapituliert vor der anti-russischen Hetze und spielt damit der AfD in die Hände.

Der Inbegriff des Liberalismus in Deutschland und der Kern des „Burgfriedens“ seit letztem Jahr ist die Propaganda über einen fortschrittlichen Krieg auf Seiten der Ukraine mit Unterstützung der NATO. So wurden die räuberischen Interessen der Imperialisten bemäntelt. Ihr behauptet, für eine „unabhängige“ Position der Arbeiterklasse einzutreten, und argumentiert, dass Kommunisten in diesem Krieg dafür kämpfen, dass „Soldat:innen an der Front ... sich gegen ihre eigenen Regierungen ... richten, anstatt weiter ihre Klassengeschwister auf der anderen Seite zu töten“.

Ja, richtig! Aber was ist das zentrale Mittel, mit dem die deutsche Bourgeoisie die Arbeiterklasse im Krieg an sich kettet und so jedwede „unabhängige“ Position der Arbeiter unterbindet? Die nationale Einheit gegen Putin, das Zetergeschrei über den russischen Einmarsch in die Ukraine, die „Solidarität mit der Ukraine“. KGKs Übernahme der NATO-Hauptforderung „Russische Truppen raus aus der Ukraine!“ kapituliert vor genau dieser nationalen Einheit. In diesem Punkt hat die Gruppe ArbeiterInnenmacht seit Beginn des Krieges mit euch übereingestimmt. Sie hat neuerdings die letzte Konsequenz aus dieser pro-imperialistischen Position gezogen und tritt jetzt ***für*** Waffenlieferungen an die Ukraine ein.

Wie wollt ihr den Burgfrieden durchbrechen, wenn ihr vor den ideologischen Grundlagen dieses Burgfriedens kapituliert? Olaf Scholz verkündete auf dem ver.di-Bundeskongress lauthals die Linie: Russische Truppen raus aus der Ukraine! Die Gewerkschaftsführung um Werneke tut dasselbe. Die Führung der Linkspartei – Ramelow, Gysi, Wissler – tut dasselbe. Mit eurer Position reiht ihr euch am linken Ende dieser Kette ein, anstatt sie zu durchbrechen.

Der revolutionäre Bruch vom Reformismus erfordert die Spaltung von dem Programm der sozialistischen Gruppen, die in der Tradition Kautskys organisatorisch und programmatisch an der Einheit mit den Arbeiterführern festhalten. Dies ist der Kern der programmatischen Differenz zwischen KGK und den Spartakisten.

Wir freuen uns auf eine Antwort von Klasse Gegen Klasse auf diesen Brief, um die politische Klärung voranzubringen. Wir hoffen, in der Zukunft mit eurer Organisation zusammen gemeinsame Aktionen durchzuführen, die einen revolutionären Bruch vorantreiben können, und schlagen allen Mitgliedern von Klasse Gegen Klasse vor, in Diskussion mit uns Spartakisten zu treten.

Mit Genossengrüßen
Spartakist

Autoarbeiter...

Fortsetzung von Seite 4

Lebens und trennt sie vom Rest der Gesellschaft, um den Kampf der Arbeiter leichter untergraben zu können. Die gesamte Autoindustrie – das Rückgrat des amerikanischen Kapitalismus – ist auf der Rassentrennung aufgebaut, von der Fabrikhalle über die Wohnorte der Arbeiter bis hin zum „gewerkschaftsfreien“ Süden. Die Schrecken der zerfallenden Ghettos demoralisieren die schwarzen Arbeiter und minimieren die Vermischung von Schwarz und Weiß.

Das System von Lohnstaffelung ist eine Möglichkeit für die Chefs, die Segregation am Arbeitsplatz aufrechtzuerhalten. Für die Abschaffung der Lohnstaffelung müssen wir die Segregation bekämpfen, indem wir das Recht der Bosse, nach Belieben einzustellen und zu entlassen, in Frage stellen. Wir müssen für die gewerkschaftliche Kontrolle von Einstellung und Ausbildung und für Programme zur Bekämpfung der chronischen Arbeitslosigkeit in den Schwarzenghettos kämpfen! Im Gegensatz dazu untergräbt Fains Schweigen zur Segregation und seine Akzeptanz des kapitalistischen Eigentums den Kampf gegen das Staffelungssystem.

Die Bosse verlagern die Produktion in den Süden, weil die Arbeiter dort nicht organisiert sind, und der Grund dafür ist, dass die Gewerkschaftsführer die Unterdrückung der Schwarzen nicht frontal bekämpfen wollen. Gewerkschaftsfeindliche Kräfte im Süden machen es sich zur Gewohnheit, die Reaktion gegen die UAW zu schüren, indem sie sie als eine Kraft darstellen, die die weißen Arbeiter schlechter stellen wird. Die einzige Möglichkeit für die Gewerkschaft, diese Reaktion zu durchbrechen, besteht darin, im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisierungskämpfe das Banner für die Integration zu entrollen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass weiße Arbeiter allen Grund haben, die Gewerkschaft als kämpferische Kraft für *alle* Arbeiter gegen die Bosse zu unterstützen. Die existenzielle Bedrohung der Gewerkschaft im „gewerkschaftsfreien“ Süden sollte für jeden anständigen Gewerkschafter Grund genug sein, für die Befreiung der Schwarzen zu kämpfen.

Die Tatsache, dass die UAW-Bürokratie bei der Organisierung der Unorganisierten kläglich gescheitert ist, ist ein direktes Spiegelbild ihres Niederlagenprogramms von Klassenzusammenarbeit, das in den letzten Jahren zu endlosen Rückschlägen geführt hat. Wer will schon einer Gewerkschaft beitreten, die solche Rückschritte macht? Andererseits würde ein kraftvoller und siegreicher Streik jetzt dazu führen, dass Hunderttausende von nicht organisierten Arbeitern bei Tesla, den Batteriewerken und ausländischen Autoherstellern der UAW beitreten wollen.



Walter P. Reuther Library

Streikende Autoarbeiter stürmen aus GM-Werk in Detroit, 1945. Schwarze Arbeiter sind seit langem das militante Rückgrat der UAW

Die Arbeiterbewegung muss für die Gleichstellung der Schwarzen auch außerhalb des Arbeitsplatzes kämpfen. Schwarze werden jeden Tag von der Polizei schikaniert, gefoltert und ermordet. Liberale moralische Appelle an die Bosse, ihre Politiker und ihre Polizisten, sich um die Schwarzen zu „kümmern“, bringen nichts. Die rassistischen Verbrechen der Bullen müssen für alle sichtbar gemacht werden. Die UAW und andere Gewerkschaften müssen fordern, dass die Polizeiarchive als grundlegende Maßnahme der Selbstverteidigung nicht nur für Schwarze, sondern auch für Arbeiter geöffnet werden. Genau diese Polizisten werden die streikbrecherischeren Schläger der Unternehmen sein, wenn sich der Kampf zuspitzt. Fain sieht die kapitalistischen Gerichte und Polizisten nicht als Werkzeug der Klassenherrschaft, und er bereitet den Streik nicht mit diesem Verständnis vor.

Wenn sich die UAW für die bedrängte schwarze Bevölkerung einsetzt, wäre das ein mächtiger Hebel, um die Situation für alle Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern. Ein gewerkschaftlicher Kampf, der die Autobosse dazu zwingt, qualitativ hochwertige, kostengünstige integrierte Stadtviertel zu finanzieren, könnte allen – von Obdachlosen bis hin zu UAW-Mitgliedern – angemessenen Wohnraum verschaffen. Ein solcher Kampf würde die Unterdrückung der Schwarzen zwar nicht beenden, aber er würde beginnen, die Mauern der Wohnsegregation einzureißen. Die Arbeiter sollten sich auch die riesigen Mengen an leerstehenden Luxusimmobilien und Büroflächen für das Wohnen sichern. All diese Dinge erfordern einschneidende Maßnahmen gegen die Segregation und die kapitalistischen Profite.

Der Lebensstandard in diesem Land kann durch militante Verhandlungen mit den Bossen – das ist Fains Strategie – nicht wesentlich verbessert werden. Die Bosse haben das verarbeitende Gewerbe ausgehöhlt und eine Wirtschaft aufgebaut, die ein schuldengeplagtes Kartenhaus ist. Als sie wirtschaftlich stark waren, strebten die Bosse nach noch höheren Profiten im Ausland, und ihre Produktionsverlagerung verwüstete die Gemeinden. Das führte dazu, dass sie Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Bildung, die sie als überflüssig ansahen, abbauten. Die Bosse verseuchten das Trinkwasser in Flint und zerstörten Detroit, als sie die Arbeiter dort nicht mehr brauchten.

Die Arbeiter müssen für die Reindustrialisierung der Wirtschaft kämpfen, um gute Arbeitsplätze mit guter Bezahlung zu erhalten, anstatt um Brosamen zu kämpfen. Um die Industrie zu ihren Gunsten auszubauen, muss die Arbeiterklasse geschlossen kämpfen mit dem Ziel, die Industrie selbst zu übernehmen. Die Kämpfe für die Industrialisierung und gegen die Rassenunterdrückung sind untrennbar mit der Struktur des heutigen amerikanischen Kapitalismus verbunden. Die Arbeiterklasse muss sie als miteinander verflochten betrachten, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die Unterdrückung der Schwarzen hat die Arbeiterbewegung von Anfang an gelähmt – „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird“ (Karl Marx). Um einen Weg nach vorn zu finden, muss die Arbeiterbewegung den Kampf für die Freiheit der Schwarzen in den Mittelpunkt ihrer Kämpfe stellen, was einen Bewusstseinssprung erfordert. Das bedeutet, dass es eine Führung geben muss, die dies herbeiführt – eine revolutionäre Führung. Um die Klasse zu vereinen und den UAW-Streik gewinnen zu können, schlagen wir das folgende Programm vor, für das die Autoarbeiter und alle anderen Arbeiter kämpfen sollen:

- **Streikt einer, streiken alle!**
- **Keine Lohnstaffelungen!**
- **Organisiert den Süden!**
- **Reindustrialisierung!**
- **Schwarzenbefreiung!**

Ein revolutionärer Weg…

Fortsetzung von Seite 12

dazu völlig unfähig, da sie ihr Vertrauen in die UNO und die „internationale Gemeinschaft“ setzen oder sich darauf verlassen, dass die arabischen Staaten sich gegen die USA zur Wehr setzen werden.

Die UNO ist eine Räuberhöhle, die von den USA und den „Groß“mächten beherrscht wird, die selbst für die Zerstückelung Palästinas und seine fortgesetzte Unterdrückung verantwortlich sind. Der Konsens unter den Imperialisten ist durch und durch pro-israelisch. Selbst wenn sie einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen aushandeln würden, würde dies zwangsläufig ihr Interesse widerspiegeln, das darin besteht, den zionistischen Staat als ihren Vorposten in der Region zu erhalten. Von der PLO bis zur BDS-Kampagne: Jede Strategie, die sich auf die Räuber der Welt stützt, kann die Unterdrückung Palästinas nur verstärken und zu einer Niederlage führen.

Die muslimischen Staaten, von Ägypten über Jordanien und den Libanon bis hin zum Iran, sind den Palästinensern um ihrer eigenen opportunistischen Interessen willen hundertfach in den Rücken gefallen. Die Scheichs, Diktatoren und Mullahs, die über die muslimische Welt herrschen, werden Palästina nur in dem Maße „verteidigen“, wie es ihren eigenen wirtschaftlichen und militärischen Zielen dient und ihre eigene Position stärkt. Jede Strategie, die den Kampf für die Befreiung Palästinas an sie bindet, wird zwangsläufig in Verrat enden.

Wir brauchen eine Strategie, die nicht auf der „internationalen Gemeinschaft“ der Imperialisten und regionalen kapitalistischen Herrscher beruht, sondern auf der Mobilisierung der ***internationalen Arbeiterklasse*** gegen alle imperialistischen und kapitalistischen Mächte. Wir brauchen ein Bündnis der Arbeiter und Bauern im gesamten Nahen Osten, um die US-Imperialisten rauszuschmeißen und die gesamte Region zu befreien. Dazu gehören auch die israelisch-jüdischen Arbeiter, die kein Interesse daran haben, weiterhin als Schachfiguren für die USA benutzt zu werden. Außerdem müssen die Kämpfer für Palästina eine internationale Front mit amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Arbeiterorganisationen aufbauen, um Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Diese Arbeiter sind diejenigen, die diese Güter transportieren. Und es sind ihre Kämpfe, die der sicherste Weg sind, den Imperialismus zu schwächen und die Sache der palästinensischen Befreiung voranzubringen.

Aber wir können sehen, dass diese verlässlichsten Verbündeten diejenigen sind, die von den Panislamisten und Nationalisten abgelehnt werden. Indem diese sich mit den arabischen Herrschern verbünden, verbünden sie sich mit den Ausbeutern der arabischen Massen. Und die amerikanischen und europäischen Arbeiter, einschließlich der jüdischen Arbeiter, werden niemals für einen Kampf gewonnen werden, der unter dem islamischen Banner und für die Vernichtung aller Israelis geführt wird.

Sozialistische Cheerleader für die Hamas

Nach der Hamas-Offensive gegen Israel am 7. Oktober haben die pro-israelischen Medien eine massive Propagandakampagne entfesselt, um Israels blutige militärische Vergeltung zu rechtfertigen und die Unterdrückung der Palästinenser zu beschönigen. Dagegen haben die sogenannten Kommunisten und Sozialisten von der Socialist Workers Party in Britannien bis zur Kommunistischen Partei Griechenlands die verbrecherischen Angriffe der Hamas auf Zivilisten im Namen von Palästinas Recht auf Selbstverteidigung unter den Teppich gekehrt.

Damit wird nicht nur der Name des Kommunismus in den Dreck gezogen, indem er mit den Verbrechen der Hamas in Verbindung gebracht wird, sondern es wird auch in Kauf genommen, dass das palästinensische Volk weiterhin von diesen fanatischen islamistischen Schlächtern geführt wird. Sie wissen sehr wohl, dass die Hamas die palästinensische Freiheit nicht herbeiführen wird, schweigen aber dazu aus hohler liberaler Solidarität.

Die gesamte Strategie der Hamas zielt darauf ab, eine starke israelische Reaktion zu provozieren und ganz Gaza praktisch einen selbstmörderischen Sprengstoffgürtel umzulegen. Es ist notwendig, den Gazastreifen ohne Wenn und Aber gegen die blutige Vergeltung Israels zu verteidigen und sich gleichzeitig dieser katastrophalen Strategie zu widersetzen.

Einige Linke wie Left Voice, die US-Sektion der trotzkistischen Fraktion (in Deutschland Klasse Gegen Klasse/RIO), flüstern am Ende ihres Artikels: „Wir stehen auf der Seite des Widerstands des palästinensischen Volkes, ohne zu behaupten, dass wir die Strategie und die Methoden der Hamas teilen, deren Ziel die Errichtung eines theokratischen Staates ist“ (7. Oktober). Nichts von dem, was sie schreiben, zielt jedoch darauf ab, den Griff von Nationalismus und Islamismus auf den palästinensischen Befreiungskampf zu brechen. Wie die meisten Linken nehmen sie die Rolle liberaler Cheerleader ein, die keine Kritik an unterdrückten Gruppen üben können, auch wenn diese an den Abgrund geführt werden.

Die Rolle der pseudosozialistischen Linken ist umso verabscheuungswürdiger, als die Palästinenser ein verzweifeltes und immer dringender werdendes Bedürfnis nach einem gangbaren Weg zur Befreiung haben. Die Ereignisse bewegen sich rasch auf ein Maß an Gemetzel und Reaktion zu, wie man es seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat. Wenn Sozialisten nicht für eine revolutionäre Lösung des Konflikts kämpfen, wird die wachsende Verzweiflung des palästinensischen Volkes einmal mehr in die Arme der islamistischen Reaktion gelenkt, während die Juden noch tiefer in die Arme des Zionismus getrieben werden. Dieses Tollhaus der Reaktion wird nicht innerhalb der Grenzen Israels und Palästinas bleiben, sondern sich über den ganzen Nahen Osten und die ganze Welt ausbreiten. Es ist die dringende Aufgabe von Sozialisten, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Verteidigt Gaza!
Israel raus aus der Westbank und den Golanhöhen!
Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

SPARTAKIST

Hamas bringt nur Tod und Niederlage

Ein revolutionärer Weg zur Befreiung der Palästinenser

Nachfolgend drucken wir die Spartacist-*Erklärung vom 10. Oktober ab.*

Lasst uns zwei Dinge klarstellen. Erstens: Die Palästinenser sind brutaler nationaler Unterdrückung und wahlloser Ermordung durch den Staat Israel ausgesetzt – sie haben jedes Recht, sich zu verteidigen, auch mit Gewalt. Zweitens: Die gezielte Ermordung israelischer Zivilisten durch die Hamas und ihre Verbündeten ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, das für die Befreiung der Palästinenser völlig kontraproduktiv ist. Angesichts der Tatsache, dass dem Gazastreifen nun Aushungerung und Massenmord durch die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) drohen, muss sich die internationale Arbeiterbewegung diesem Angriff dringend entgegenstellen. Aber um voranzukommen und zu siegen, braucht der Kampf für die Befreiung der Palästinenser einen völlig anderen Weg als alles, was angeboten wird, ob Islamismus oder säkularer Nationalismus. Was wir brauchen, sind keine leeren Mitleidsbekundungen der linksliberalen und der pseudosozialistischen Meute, sondern einen revolutionären Weg zur Befreiung der Palästinenser.

Wie man den zionistischen Staat besiegt

Um seinen Feind zu besiegen, muss man seine Schwächen ausnutzen und seine Stärken neutralisieren. Die Widerstandsfähigkeit des Staates Israel beruht auf der Tatsache, dass die Millionen von Juden, die innerhalb seiner Grenzen leben, ihn als die einzige Möglichkeit sehen, sich in einer feindlichen Region zu verteidigen. Solange dies der Fall ist, werden die Israelis bis zum Tod kämpfen, um den zionistischen Staat zu verteidigen. Das alles war Teil des Plans, seit der britische Imperialismus beschlossen hat, das zionistische Projekt zu unterstützen. Heute sichern die USA und Israel ihre Interessen im Nahen Osten, indem sie die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verletzen und einen permanenten Zustand der Feindseligkeit zwischen Juden und Muslimen befeuern. Die Kombination aus einer militarisierten Bevölkerung und imperialistischer Unterstützung verleiht dem israelischen Staat seine Stärke und den Anschein der Unbesiegbarkeit.

Dieses Gebilde ist jedoch brüchig und wird nur durch eine Belagerungsmentalität aufrechterhalten, die von der herrschenden Klasse gefördert wird. Der Schwachpunkt ist eben, dass es sich um einen militarisierten theokratischen Staat handelt, der von einer immer extremeren Clique korrupter Fanatiker regiert wird. Die arbeitende Bevölkerung Israels ist mit Wehrpflicht, religiöser Reglementierung und brutalen Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert. Widerstand gegen irgendetwas davon wird als Verrat an Juden bezeichnet. Diese Situation schafft tiefe rassische, soziale und politische Risse in Israel, die ausgenutzt werden müssen, um den zionistischen Staat zu zerschlagen und die Palästinenser zu befreien.

Die Dschihad-Strategie der Hamas tut nichts von alledem und bedient nur die Stärken Israels. Durch die Angriffe auf israelische Zivilisten ist es ihr nur gelungen, alle Israelis hinter der verhassten Netanjahu-Regierung zu versammeln und zu garantieren, dass die gesamte Gesellschaft geschlossen hinter der blutigen militärischen Reaktion gegen den Gazastreifen stehen wird. Eine militärische Konfrontation unter diesen Bedingungen wird dem palästinensischen Volk eine Niederlage und unzählige Tote bringen. Es kann keinen Sieg geben, ohne die Verbindung zwischen der jüdischen arbeitenden Bevölkerung und ihren Machthabern zu brechen, und dies kann nicht geschehen, ohne das demokratische Recht des israelisch-jüdischen Volkes anzuerkennen, als Nation in Israel/Palästina zu leben.

Islamisten und palästinensische Nationalisten sind immer in der Zwickmühle, entweder ihren Kampf gegen das gesamte jüdische Volk in Israel zu richten oder ein Zusammenleben mit dem zionistischen Staat zu akzeptieren. Beides sind Sackgassen. Der Schlüssel liegt darin, einen Keil zwischen das israelische Volk und den theokratischen Staat zu treiben. Dies kann nur mit einer marxistischen militärischen und politischen Strategie geschehen, die auf der Einsicht beruht, dass die miteinander verknüpften Klassen- und Nationalitätenkonflikte nicht innerhalb der Grenzen des Privateigentums gelöst werden können. Nur von diesem Ausgangspunkt aus ist es möglich, ein Programm auszuarbeiten, das den Interessen sowohl der Palästinenser als auch der israelischen Arbeiterklasse entspricht.

Was das Land betrifft, so fordern die Palästinenser zu Recht eine Entschädigung für das an ihnen begangene historische Verbrechen. Innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ist dies unmöglich mit dem Recht der Juden zu vereinbaren, das Land zu behalten, auf dem sie oft seit Generationen leben. Aber Israel ist, wie alle kapitalistischen Gesellschaften, extrem ungleich. Das meiste Land und Eigentum wird von einem winzigen Teil der Bevölkerung kontrolliert, während die Mehrheit darum kämpft, über die Runden zu kommen. Indem man diese parasitäre Schicht enteignet, kann man sowohl damit beginnen, den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen, als auch die Bedingungen der jüdischen Werktätigen verbessern.

Auf militärischer Ebene ist es notwendig, maximalen Druck auf die IDF auszuüben, um der israelischen Gesellschaft zu zeigen, dass der Preis für die Unterdrückung der Palästinenser zu hoch wird. Raketen blind auf israelische Städte abzuschießen erhöht nur die Kampfbereitschaft der

Fortgesetzt auf Seite 12